

Kritik an LGBTIQ-Kampagne

Der Kanton hat im Frühjahr eine Kampagne zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTIQ-Menschen lanciert, nun sprechen Betroffene und Angehörige. Aber auch scharfe Kritiker des Projektes.

Mauro Pfammatter

Im Mai startete das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie (KAGF) eine Kampagne, deren Ziel es ist, die Walliser Bevölkerung auf die Diskriminierung von LGBTIQ-Menschen zu sensibilisieren. Tabus rund um das Thema sollen gebrochen werden. Denn noch immer leiden Betroffene und Angehörige unter Vorurteilen und sowohl ungleicher als auch ungleicher Behandlung.

Das kantonale Amt für Gleichstellung und Familie suchte nach Wallisern, die von ihren Coming-outs und den damit verbundenen Erfahrungen vorlaufender Kamera berichten. Anlässlich des internationalen Coming-out-Tages, dem 11. Oktober, hat das KAGF im Anschluss an die Kampagne dieses Videoprojekt ins Leben gerufen. Die Dreharbeiten fanden am Sonntag in Sitten statt. Für diese hatten sich rund zehn Personen, von jungen Erwachsenen bis zu Menschen mittleren Alters, angemeldet. Ursula Stüdi, wissenschaftliche Mitarbeiterin des KAGF, zeigt sich erfreut: «Es ist eine Genugtuung für uns zu sehen, dass Menschen aller Generationen sich so offen engagieren.»

Das KAGF ist eine unabhängige Verwaltungseinheit, welche an das Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur angegliedert ist. Dessen Vorsteher, Staatsrat Mathias Reynard, hat sich bereits auf nationaler Ebene für das Thema LGBTIQ starkgemacht.

Der Aktionsplan des KAGF gegen die Diskriminierung von LGBTIQ-Menschen erhielt deshalb ein Budget von 130'000 Franken. Davon sind rund 60'000 Franken für die Kom-

munikations- und Sensibilisierungskampagne und 70'000 Franken für verschiedene Massnahmen wie etwa psychosoziale Gespräche für von der Diskriminierung betroffene Personen oder die Sensibilisierung des medizinischen Personals vorgesehen.

Klare Rechtslage

Für Reynard sind die Beweggründe für die Kampagne einfach. Er sagt: «Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden, unsere Gesetzgebung ist klar. Aber es gibt immer noch Probleme, in unserem Kanton wie auch anderswo. Es ist wichtig, diese Vorurteile zu bekämpfen und den Betroffenen zu zeigen, dass der Staat sie bei auftretenden Diskriminierungen unterstützt.»

Bisher verlaufe die Kampagne erfolgreich und die Rückmeldungen seien sehr positiv. «Diese Kampagne trägt auch dazu bei, dass sich die Mentalität der Menschen ändert», sagt Reynard.

In Sachen Kampf gegen LGBTIQ-Diskriminierung ist das Wallis in einer Pionierrolle. «Das Wallis gehört zu den ersten Kantonen, die konkrete Massnahmen auf kantonaler Ebene eingeführt haben und aktiv gegen LGBTIQ-Diskriminierung vorgehen», sagt Reynard.

Eine der betroffenen Personen, welche am Sonntag vor der Kamera ihre Erfahrungen teilen wird, ist Aurore, wie Rhône FM berichtet. Bereits drei Coming-outs machte die über 40-jährige Transfrau durch; das homosexuelle, das transsexuelle und das lesbische Coming-out. Das transsexuelle Coming-out sei das schwierigste gewesen, man



Seit den 70er-Jahren gilt die Regenbogenfahne als Symbol für die Schwulen- und Lesbenbewegung, mittlerweile wurde diese zu LGBTIQ+ erweitert. Symbolbild: Keystone

stosse auf weniger Verständnis bei den Leuten, so die Walliserin gegenüber dem Unterwalliser Radiosender. Dennoch habe es extrem positive Erfahrungen gegeben, und dass sie heute noch hier sei, verdanke sie nur den Coming-outs.

Kritische Stimmen

Suppleant Diego Schmid und seine Parteikollegen von der SVPO sehen das LGBTIQ-Projekt kritisch – und konstruieren einen Zusammenhang zur Nachtambulanz in Münster. Während diese gestrichen werden solle, gebe dasselbe Departement Gelder für eine Sensibilisierungskampagne aus. Schmid sagt: «Staatsrat Reynard lancierte diese Kampagne zu einem Zeitpunkt, als es an Geld für

eine Nachtambulanz im Goms fehlte. Er gewichtet diese somit höher als die Gesundheitsversorgung in unseren Randregionen. Das ist unhaltbar.»

Ein Vorwurf, den Reynard klar zurückweist. Der Staatsrat habe keine Einsparungen im Bereich des Ambulanzdienstes vorgenommen. Er sagt: «Im Gegenteil, das neue Ambulanzdispositiv im Oberwallis führt zu finanziellen Auswirkungen von 1,2 Millionen Franken.» Des Weiteren sagt er in Bezug auf Schmid, dass ein Abgeordneter wissen sollte, dass Budgets nicht einfach von einer Dienststelle auf die andere übertragen werden können.

Schmid sagt weiter: «Staatsrat Reynard agiert ideologisch statt zum Wohle der Walliser Bevölkerung. Mit dieser Kampagne

will Staatsrat Reynard davon ablenken, dass es in seinem Departement seit Monaten drunter und drüber geht.»

«Die Kampagne wurde schon im Januar angekündigt und der Grosse Rat hat bereits im letzten Jahr die Erhöhung der Mittel für das KAGF und die zusätzliche Stelle für die Bekämpfung von Diskriminierungen genehmigt», entgegnet Reynard.

Neben den genannten Mitteln für die Ambulanzen im Oberwallis wurden auch die Zuwendungen aus den Fonds für Familien mit geringem Einkommen zwei Jahre in Folge erhöht, so Reynard weiter. So auch die Gesamtbeträge für die Subventionierung der Krankenkassenprämien. Weiter habe man die Einkommensgrenzen für den Zugang zu Krankenversicherungszuschüssen erhöht, was zu einer grösseren Zahl von Empfängern führe. Dem Grossen Rat sei eine Erhöhung der Kinderzulagen vorgelegt worden. Über diese stimmt das Walliser Stimmvolk am 27. November ab.

Reynard sagt: «Nach einhalb Jahren an der Spitze des Departements scheint es mir, dass wir uns um die Walliser Familien und die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Kantons insgesamt kümmern.»

Der Kampf gegen die Diskriminierung gehöre zu den Aufgaben des Staates, so Reynard. «Nur weil dieser nicht zu den politischen Prioritäten von Herrn Schmid gehört, heisst das nicht, dass der Staat sich nicht darum kümmern muss. Schmid hatte die Gelegenheit, in den Haushaltsprozess des Grossen Rates einzugreifen, doch hat er offensichtlich keine Mehrheit erhalten.»

Kommentar

Reynard im Visier der Rechten

Seit Monaten ist SP-Staatsrat Mathias Reynard unter Dauerbeschuss konservativer Oberwalliser Politiker. Ob es um die Ambulanz im Goms, die Löhne im Pflegebereich, die Abgänge in seinem Departement oder um die aktuelle LGBTIQ-Sensibilisierungskampagne geht – betrifft es die Dossiers von Reynard, muss dieser einiges einstecken. Das mag seine Berechtigung haben. Vergessen sollte man dabei nicht, dass Reynard sich seit seinem Amtsantritt kontinuierlich für die Walliser Familien und Bewohner einsetzt. Und zwar für alle. Dazu gehören auch die Minderheiten. Die SVPO sagt, der Schutz von diskriminierten Wallisern sei nebensächlich. Dabei vergisst sie, dass das Oberwallis selbst eine Minderheit ist. Der Bevölkerungsanteil ist mittlerweile auf unter 25 Prozent gesunken. Daher fordern die bürgerlichen Oberwalliser Parteien immer wieder eine Schutzklausel im Kantonsparlament. Das ist legitim. Genau so, wie LGBTIQ-Menschen vor Diskriminierung zu schützen. Die SVPO moniert, dass es nicht angehen könne, die Nachtambulanz in Münster zu streichen und zeitgleich eine LGBTIQ-Kampagne zu starten. Sie konstruiert so einen Zusammenhang zwischen zwei Themen, wo keiner ist: Die SVPO will einzig eine Polemik um Reynard entfachen. Mit Politik hat dies wenig zu tun. Mit Populismus hingegen schon.



Mauro Pfammatter

m.pfammatter@mengisgruppe.ch